

ammen, angemessen war: er hat gesagt, daß wir das Menschenmögliche tun müssen, um das Heil dieser Kinder sicherzustellen. Das Menschenmögliche ist gegenüber den Neugeborenen oder zu Gebärenden, daß wir sie taufen, und gegenüber den Ungeborenen, daß wir ihre Mütter und sie selbst in der innigsten Weise der Barmherzigkeit Gottes empfehlen. Wie viele andere unserer Gebete in ihrem Enderfolg uns verhüllt bleiben, so scheint es, bleiben auch das sorgende Gebet und die betende Sorge um die ungetauft verstorbenen Kinder noch für lange Zeit, wenn nicht für immer, eingeschlossen in das Mysterium der Unerschöpflichkeit des göttlichen Ratschlusses, von dem Paulus im 11. Kapitel des Römerbriefes gesprochen hat (Röm. 11, 33).

Die Union in Osteuropa

Das Jahr 1954 brachte das Gedächtnis der verhängnisvollen Trennung der Christenheit des Ostens und des Westens vor 900 Jahren. Das soll uns ein Anlaß sein, mit besonderem Ernst die Versuche zu überschauen, die bisher zur Wiedervereinigung der Kirchen unternommen worden sind.

Wir geben im folgenden einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der bedeutendsten Unionen orthodoxer Christen mit der Katholischen Kirche, die in Osteuropa abgeschlossen wurden. Es sind dies die Unionen der Ukrainer (Ruthenen) in Galizien und Karpatho-Rußland und der Rumänen in Siebenbürgen. Diese Unionen machen heute die größte Krise ihrer bisherigen Existenz durch. Als organisierte Kirchengemeinschaften bestehen sie nur noch in der Emigration (vor allem in Nordamerika). In ihren Heimatländern sind sie äußerlich völlig zerstört; ihr Weiterleben in den Herzen der Gläubigen ist ungewiß und für die katholische Weltkirche nur noch eine große Hoffnung.

So unmöglich es ist, sich ein zutreffendes Bild von der Zahl und der augenblicklichen Lage der unter staatlichem Verbot stehenden Unierten hinter dem Eisernen Vorhang zu verschaffen, so mangelhaft sind auch die Quellen, um ein objektives Bild der Vorgänge entwerfen zu können, die nach dem 2. Weltkrieg zur Auflösung der Unionen im östlichen Bereich geführt haben. Es ist die besondere Tragik der Union, daß sie zu allen Zeiten die politischen und nationalen Leidenschaften aufs höchste erregt hat. Die Verworrenheit der politischen Verhältnisse der Unionsländer und die Vielzahl der um die kulturelle Vorherrschaft in jenen von Ost und West umkämpften Gebieten ringenden Einflüsse machen das Unionsproblem auch in der Vergangenheit außerordentlich kompliziert und undurchsichtig. (Ein gutes Hilfsmittel zum Eindringen in die Materie ist der bei Herder in Wien erschienene „Abriß der ostslawischen Kirchengeschichte“ von Albert M. Ammann SJ, wo neben ausführlichen Quellenangaben eine Fülle von Literatur zu finden ist.)

Die unierten Kirchen waren in den östlichen Ländern meist ein ausgesprochener Bildungsfaktor. Das hatte aber nicht immer etwas mit religiösem Leben zu tun. Die Synthese westlicher Kultur mit östlicher Heiligkeit wurde kaum je erreicht. Im Gegenteil, mangelndes psychologisches Einfühlungsvermögen steigerte das abwehrende Mißtrauen der Orthodoxen zu ausgesprochener Feindschaft. Heute, wo die früheren Unionsmethoden neuen Einsichten Platz gemacht haben, wo sich immer mehr Katholiken

vom Wesen der echten Universalität der Kirche überzeugen und bereit sind, die Eigenrechte der orientalischen Kirchen anzuerkennen, ist die Basis gewonnen, von der aus die bisherige Geschichte der Unierten vorurteilslos betrachtet werden kann. In erster Linie geht es darum, die historischen und kulturpolitischen Voraussetzungen der Unionen nüchtern ins Auge zu fassen, um die heutigen Leiden der Unierten als eine tragische Etappe in ihrer mannigfaltig verflochtenen Geschichte erkennen zu können. Daraus wiederum gewinnen wir Einsichten, die einer jeden neuen Unionsarbeit zugute kommen.

Union der Ruthenen

Es würde zu weit führen, die einzelnen Etappen der Kirchengeschichte der ukrainischen Lande vor der „Union von Brest-Litowsk“ (1596) näher zu umschreiben. Sie sind in ihrer Verworrenheit und Unruhe ein Musterbeispiel der Situation des gesamten Gebietes zwischen Ost und West, in dem die Unionskirchen existiert haben. Wir können nur eben erwähnen, daß diese Landschaften kirchlich ebenso wie politisch schon seit dem 13. Jahrhundert und dem Untergang des alten Kiewer Reiches ein eigenes Schicksal hatten: unter den Fürsten von Galizien-Wolhynien im 13./14. Jahrhundert und nochmals unter polnischer Herrschaft in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts genoß die Kirche von Kiew eine kurze Selbständigkeit, die jedoch, das eine Mal durch die Moskauer Orthodoxie, das andere Mal durch die lateinische Kirche Polens, bald wieder ein Ende fand. Um diese Zeit, durch die Heirat der Fürsten von Litauen mit der Erbin Polens 1386, wurden auch die galizisch-wolhynischen Lande der polnisch-litauischen Ländermasse einverleibt, die durch die Union von Lublin 1569 endgültig zu einem Staat vereint wurden. Von da an brach ein jahrhundertelanger erbitterter Kulturkampf zwischen dem polnisch-katholischen und dem in der Ukraine und in Weißrußland bodenständigen russisch-orthodoxen Element aus. Die russische Bevölkerung hielt zäh am orthodoxen Glauben fest, und Moskau vermochte die kirchliche Oberhoheit über die Orthodoxen in Litauen-Polen noch lange aufrechtzuerhalten. Daher konnte sich die in Rußland abgelehnte Florentiner Union (1439), zu der sich Konstantinopel in der Suche nach westlicher Hilfe kurz vor seinem Untergang bereit gefunden hatte, auch in Litauen nicht durchsetzen. In den polnischen Gebieten wurde sie nur vorübergehend wirksam.

Die politische Lubliner Union von 1569 brachte zwar die Gleichberechtigung der christlichen Bekenntnisse im polnisch-litauischen Staat, aber sie gab den Polen auch in den litauischen Gebieten die politische Vorherrschaft. Damit öffnete sich den Jesuiten, die in Polen bereits seit 1555 im Sinne der Union wirkten, auch in Litauen ein Feld intensiver Tätigkeit. Den Orthodoxen drohte damit die Gefahr der Polonisierung. Ihr gegenüber spalteten sie sich in zwei Richtungen: Ein Teil suchte Anlehnung an das byzantinisch-orthodoxe Moskau, der andere, ebenso anti-polnisch, versuchte einen Weg kultureller Selbständigkeit unter Anlehnung an den kulturell überlegenen lateinischen Westen, d. h. im Schutze der römischen Kirche, einzuschlagen. Die Tragik und das Unglück dieser Richtung lag aber für immer in der kompromittierenden Identität von Polonisierung und Latinisierung, in der sich westliche Überheblichkeit und polnischer Chauvinismus vereinten. Auf dieser schwer belasteten Grundlage wurde 1596 die Union von Brest-Litowsk vollzogen.

Zu Verteidigern der Orthodoxie warfen sich die in ständiger Fehde mit Polen lebenden Kosaken auf; sie übernahmen den Schutz für den neu eingesetzten orthodoxen Kiewer Metropoliten: Die orthodoxe Opposition trennte sich von der unierten Kirche wieder ab und erhielt mit Hilfe des Jerusalemer Patriarchen eine eigene Hierarchie, deren Anerkennung der Staat auf die Dauer nicht verweigern konnte.

Die Union selbst setzte sich gegen die zahlreichen Widerstände, darunter auch die feindliche Einstellung des lateinisch-katholischen Klerus, nur langsam wirklich durch. Die galizischen Bischöfe schlossen sich ihr erst 1681 an, und erst um 1700 war sie unter den orientalischen Christen Polen-Litauens vorherrschend.

Aber die kirchliche Einheit war noch durch eine große Unsicherheit und Unklarheit in liturgischen und rituellen Fragen bedroht. Die im litauischen Reichsteil lebenden „Altunierten“ waren im Verlauf des 17. Jh. dem westlichen Einfluß so weitgehend erlegen, daß sie zahlreiche lateinische Bräuche übernommen hatten. Den galizischen Bistümern im Bereich der polnischen Krone gestattete die Kurie bei ihrem Übertritt zur Union die Praxis der ursprünglich (um 1600) bei den Unierten üblichen Formen, da diesen „Neunierten“ der jähe Übergang vom östlich-orthodoxen zum stark latinisierten Ritus nicht vollziehbar erschien. Eine Synode zu Zamość (1720) sollte Einheit schaffen. Es dominierte die lateinische Tendenz, nicht zuletzt deshalb, weil die Kurie verhängnisvollerweise die früher befolgte Gleichberechtigung der Riten zu dieser Zeit aufgegeben hatte.

Das 18. Jh. war der Höhepunkt der Verwirrung. Durch die polnischen Teilungen (1772, 1793, 1795) kamen die litauisch-russischen und auch polnische Gebiete an das russische Kaiserreich, und dieses sorgte dafür, daß in den neuerworbenen westlichen Gouvernements die Union bis 1839 restlos beseitigt wurde (in den polnischen Gebieten bis 1875). Anders verlief die Entwicklung in Galizien, das durch die erste polnische Teilung an Österreich kam. Hier begünstigte die Habsburger die alteingesessene ukrainische Bevölkerung (in Österreich meist als „Ruthenen“ bezeichnet) gegen die polnischen Pane, was sich vor allem in einer Gleichstellung der unierten Kirche (1774) auswirkte und ihre Gläubigen für Österreich gewann. Seit dieser Zeit bemühte sich die österreichische Regierung auch erfolgreich um die Bildung des unierten Klerus, was 1804 zur Gründung eines Seminars für alle Katholiken des östlichen Ritus im Reich führte.

Die kirchlichen Verwaltungsverhältnisse waren infolge der politischen Entwicklung sehr verworren. Das Oberhaupt der unierten Kirche trug wohl noch den alten Titel eines Metropoliten von Kiew. Kiew war aber schon 1667 dem Moskauer Staat einverleibt worden, und so residierte der unierte Metropolit am Bischofssitz einer der ruthenischen Diözesen. Daher entschloß sich Papst Pius VII. 1807 im Einverständnis mit der österreichischen Regierung, die alte Halytscher Metropolie (mit Sitz in Lemberg) wiederzuerrichten. Damit war die Basis zu einer kräftigen Entfaltung des ruthenisch-unierten Kirchenwesens gelegt, wogegen sich freilich immer wieder der heftige Widerstand der nach Rußland blickenden Orthodoxen und der lateinischen Katholiken polnischer Orientierung richtete.

Die Revolution von 1848 hatte auch in Galizien ihre Auswirkungen. Die Ruthenen besannen sich auf ihre natio-

nale Eigenart und versuchten ihre fortschreitende Verwestlichung durch Wiederanknüpfung an die Tradition des alten Kiewer Rußland aufzuhalten, wobei die unierte Geistlichkeit eine erhebliche Rolle spielte. Auf kirchlichem Gebiet wirkte sich dies in dem Bestreben aus, den Ritus von allen mit der Zeit übernommenen lateinischen Bräuchen zu reinigen. Zugleich bedeutete es einen Auftrieb für die russisch-orthodoxe und panslawistische Propaganda, die unter geschickter Ausnutzung einer aufkommenden antiösterreichischen Bewegung viele Unierte zur orthodoxen Kirche hinüberzog. So war die Ritenfrage gefährlich kompromittiert für diejenigen, die ukrainisch sein wollten, im bewußten Gegensatz sowohl zu den lateinischen Polen als auch zu den orthodoxen Russen. Daher blieb es denn bei dem eigenartigen Mischritus, der geradezu typisch und symbolhaft für das unierte Kirchenwesen dieses von den politischen Verhältnissen und Leidenschaften hin und her gerissenen Volkes wurde. Auch in der Frage des Zölibats war man sich noch bis zum 2. Weltkrieg nicht einig, ob westlicher oder östlicher Brauch befolgt werden sollte. Der Metropolit Scheptyzkyj, der überall die Latinisierung zurückzudrängen suchte, begünstigte in seiner Erzdiözese Lemberg-Halytsch die bei den Orthodoxen übliche Priesterehe, während die Bischöfe der anderen Diözesen die Ehelosigkeit verlangten. Scheptyzkyj (1900—1944) wollte den engen westukrainischen Nationalismus überwinden, gerade weil er sich als Ukrainer fühlte, als solcher aber zur bedeutenderen russischen Ukraine tendierte, die bei den alten slawischen Gebräuchen geblieben war.

Im neuen Polen, zu dem Galizien nach dem 1. Weltkrieg geschlagen wurde, erfuhren die nationalen Gegensätze zwischen den Polen einerseits und den Russen und Ukrainern andererseits durch die Maßnahmen der polnischen Behörden eine außerordentliche Verschärfung. Bei den Verfolgungen der orthodoxen Ukrainer durch die Polen in den 30er Jahren war an eine erfolgreiche Ausbreitung der Union nicht zu denken. Die unierte Kirche konnte sich unter der Führung Scheptyzkyjs aber weiterhin innerlich festigen. Am Vorabend des 2. Weltkriegs zählte sie ca. 3,5 Millionen Gläubige in drei Diözesen (Lemberg-Halytsch, Peremyschl, Stanislaw). Ungeheuer viel hatte Scheptyzkyj für Bildung und Erziehung getan. Aber sein großes Ziel der Einigung aller Ukrainer unter dem Vorzeichen der kirchlichen Union wurde nicht erreicht. Wohl wurde nach seinem Tode 1944 die gesamte Ukraine zum ersten Mal in der neueren Geschichte vereinigt; doch gelang dies den von den Westmächten unterstützten Sowjets. Damit sollte aber die Union untergehen.

Union der Rumänen

Nächst der Union der Ruthenen Galiziens ist die Union der Rumänen des östlichen Ritus in Siebenbürgen die bedeutendste. Über ihre Geschichte berichtete die Herder-Korrespondenz (4. Jhg., S. 496 ff.), so daß wir uns hier auf einige kurze Angaben beschränken können.

Auch die rumänische Geschichte ist der Schauplatz eines Kampfes zwischen westlichen und östlichen Einflüssen, was sich naturgemäß auch der kirchlichen Entwicklung mitteilte. Hier war die Union schon in ihren Ursprüngen ein Mittel der Politik des Westens.

Siebenbürgen gehörte seit dem 11. Jh. zu Ungarn. Im 12. Jh. wurde es auch von Deutschen („Siebenbürger Sachsen“) besiedelt, die zusammen mit dem ungarischen Adel

und dem magyarischen Bauernvolk der Szekler die Herrschaft im Lande ausübten. Seit wann Rumänen im Lande sesshaft waren, ist nicht klar erwiesen, ursprünglich vorhandener rumänischer Adel muß jedenfalls bald entnationalisiert worden sein, indem er im westlichen Rittertum ungarischer Prägung aufging und römisch-katholisch wurde. Der soziale Gegensatz zwischen Adel und Bauernschaft drückte das rumänische Volkselement im 15. Jh. zu völliger Rechtlosigkeit herab. Verschärfend kam der religiöse Gegensatz hinzu, denn das Volk blieb griechisch-orthodox, seitdem die Rumänen im 9. Jh. unter Herrschaft oder Einfluß der Bulgaren das byzantinische Christentum angenommen hatten.

Im 16. Jh. wurde Ungarn von den Türken erobert (Schlacht bei Mohács, 1526); Siebenbürgen erhielt den Status eines formal selbständigen tributpflichtigen Wahlfürstentums. Trotz der politischen Isolierung vom Westen blieb das Land den westlichen Einflüssen offen: im 16. Jh. drang die Reformation ein. Die Sachsen wurden lutherisch, ein großer Teil der Ungarn und ihrer Oberschicht kalvinistisch. Dem sozialen Druck durch die anderen Bekenntnisse vermochten die Orthodoxen nur wenig Widerstand entgegenzusetzen. Sie standen auf der untersten sozialen Stufe und besaßen keine eigenständige kirchliche Organisation im Lande, da sie zur Metropole der Walachei gehörten. In den „altrumänischen“ Fürstentümern Moldau und Walachei blieb die Organisation der orthodoxen Kirche auch unter der Türkenherrschaft erhalten; sie geriet allerdings stark unter griechischen Einfluß. Die Protestantisierung der Orthodoxen Siebenbürgens gelang zwar nicht; doch wurde ihre Kirche zeitweilig sogar den kalvinistischen Behörden unterstellt.

Nach den Türkenkriegen (1663—1699), als Ungarn von Kaiser Leopold I. erobert worden war, wurde Siebenbürgen Nebenland der habsburgischen Krone. Zur Festigung seiner Herrschaft nutzte der Kaiser die mit den sozialen und religiösen Gegensätzen geladene Situation aus und glaubte in der kirchlichen Union der Orthodoxen mit Rom das geeignete Mittel gefunden zu haben. Als 1948 die Union in Rumänien rückgängig gemacht wurde, entsann man sich sehr gut dieser politisch-historischen Tatsachen und konnte leicht Kapital daraus schlagen.

Die Union kam 1698 unter Führung des Bischofs von Karlsburg (Alba Julia) zustande und wurde unter seinem Nachfolger auf einem großen Konzil 1700 bestätigt. Die Unierten Siebenbürgens — damals anscheinend die Mehrheit der dortigen Rumänen — kamen unter die Jurisdiktion des lateinischen Kardinalprimas von Ungarn. Dennoch vermochten sie ihren östlichen Ritus zu erhalten. Großer Schaden wurde der Sache der Union durch die Zwangsbekehrungen ganzer Gemeinden zugefügt, womit der Staat der neuen Kirche Geltung zu verschaffen suchte. Andererseits unterstützte die unierte Kirche die national-rumänische Bewegung gegen die soziale Unterdrückung durch die Ungarn. Im 18. Jahrhundert entstand im Schoß der unierten Kirche ein Schulwesen, das von großer Bedeutung für die gesamtrumänische Kultur wurde. Trotz ihrer nationalen Verdienste wurde die unierte Kirche aber von den orthodoxen Rumänen besonders in Altrumänien wegen ihrer Zugehörigkeit zu Rom mißtrauisch betrachtet. Als Siebenbürgen 1867 Ungarn völlig eingegliedert wurde, entstanden ihr neue Schwierigkeiten, da sie bei den Ungarn als Hort des nationalen Widerstandes galt. 1910

hatten die Orthodoxen in Siebenbürgen wieder eine klare Mehrheit. 795 000 Orthodoxen standen nur noch 767 000 Unierte gegenüber. Doch vermochte sich die unierte Kirche dank der 1853 von Pius IX. gewährten Autonomie durch die wechselnden Geschehnisse Siebenbürgens auch im 20. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg zu halten und eine solche Lebendigkeit zu entfalten, daß Pius XII. sie in einem Apostolischen Schreiben vom 27. 3. 1952 an die Katholiken Rumäniens als eine „durch die Zahl und das vorbildliche Leben der Gläubigen so blühende Kirche des orientalischen Ritus“ bezeichnete (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 379). Vor dem Kriege hatte sie in Rumänien ca. 1,5 Millionen Gläubige mit 1600 Priestern in vier Suffraganbistümern unter dem Metropoliten von Karlsburg (Sitz in Blasendorf [Blaj]).

In dem nach dem 1. Weltkrieg gegründeten rumänischen Staat versuchte die orthodoxe Kirche, die lateinischen und unierten Katholiken zum Übertritt zu bewegen, doch standen diese seit 1929 unter dem Schutz eines Konkordats. Ihre große Leidenszeit sollte beginnen, als nach dem 2. Weltkrieg die Kommunisten an die Herrschaft kamen.

Union der Karpatho-Ukraine

Die Bevölkerung der Karpatho-Ukraine, die von Galizien durch die Karpathen getrennt ist, ist zumeist ukrainischen (ruthenischen) Ursprungs. Auch zu ihr kam das Christentum in byzantinischer Form. Das Gebiet gehörte vermutlich seit dem 13. Jahrhundert zu Ungarn. Als nach dem Tode des ungarischen Königs Ludwig II. in der Schlacht bei Mohács (1526) ein Teil des ungarischen Adels Ferdinand von Österreich, der andere Teil einen siebenbürgischen Fürsten wählte, wurde das Karpathenland zwischen Österreich und Siebenbürgen aufgeteilt. Der ruthenische Bischofssitz Munkacs kam an Siebenbürgen. Damit verflocht sich hier das Problem der Union eng mit der Entwicklung, wie wir sie in Siebenbürgen kennenlernten, während die Unionsbestrebungen der stammverwandten Galizier in Polen-Litauen nur geringe Auswirkungen diesseits der Karpathen erkennen ließen, obwohl gewisse Beziehungen aufgenommen wurden.

Als sich um 1650 der Bischof von Munkacs und der Klerus zur Union mit Rom entschlossen hatten — auf orthodoxer Seite spricht man von der Union zu Užhorod 1646 bis 1649 —, bedurfte es langer Verhandlungen in Rom. Der kalvinistische Landesherr Georg Rakoczy unterstützte die Orthodoxen, und während des jahrelangen Schwebezustandes fiel ein großer Teil der Priester wieder von der Union ab (Einzelheiten bei Ammann, S. 358). Erst nach dem Tode Rakoczys (1660), als seine Witwe katholisch wurde und die Jesuiten ins Land rief, machte die Union Fortschritte. Doch blieben die Verhältnisse äußerst verworren. Den Bischofssitz beanspruchten die Orthodoxen und Unierten, die lateinischen Ungarn, die unierten Polen, die orthodoxen Serben. Als die Karpatho-Ukraine durch den Frieden von Karlowitz (1699) ganz an Österreich (als ungarisches Kronland) gekommen war, konnte zwischen der österreichischen Regierung, der Kurie und dem ungarischen Bistum Erlau ebensowenig Einigkeit über die Besetzung des Bischofssitzes erreicht werden (Ammann, S. 656 f.). Papst Klemens XIV. ernannte schließlich 1771 einen Bischof für Munkacs und gliederte das Bistum in die ungarische Metropole von Gran ein. Versuche der Galizier, die 1772 Österreich angeschlossen wurden, die Ruthenen Transkarpathiens ihren unierten

Bistümern anzuschließen, wurden von den Ungarn vereitelt. 1818 errichtete die Kurie ein zweites uniertes Bistum in Prešov (Eperies).

Ammann bemerkt, die Union in der Karpatho-Ukraine sei im Grunde genommen eine Angelegenheit der Landesherrschaft und der lateinischen Bischöfe gewesen (S. 658). Im Unterschied zur Union in Polen-Litauen erfolgte sie nicht im Klima eines erbitterten Kulturkampfes. Dazu fehlte es an einer gebildeten Schicht. Das Volk blieb in seinen Gebräuchen ostslawisch und widersetzte sich der Union zunächst nicht, da der östliche Ritus — reiner als in Galizien — bewahrt wurde.

Ende des 19. Jahrhunderts griff die panslawistische Bewegung auch auf die Karpatho-Ukraine über. Sie fiel angesichts der Magyarisierungspolitik der Ungarn auf günstigen Boden. Der Union erwuchs eine große Gefahr, da man in den unierten Geistlichen vielfach Schrittmacher der Magyarisierung sah. Bald nahmen sich die orthodoxen Kirchen Serbiens und Rußlands dieser Tendenzen an. Als das Land nach dem 1. Weltkrieg an die Tschechoslowakei kam, wurde die Gärung in Transkarpatien noch stärker, da man sich nun der chauvinistischen Tschechen erwehren mußte. Die Bevölkerung fühlte sich immer stärker als russisch — und orthodox. Noch 1910 war die Bevölkerung fast ausschließlich unierte; Orthodoxe gab es nur einige Hundert, aber schon 1921 waren sie auf 61 000 gestiegen, 1930 bereits auf 112 000 — gegenüber 359 000 Unierten (Bertold Spuler, Die Gegenwartsfrage der Ostkirchen, S. 66 f.). Ganze Dörfer fielen von der Union ab. Vielerorts wurden die unierten Geistlichen vertrieben. Eine große Rolle spielte dabei das materielle Moment: Den unierten Priestern hatten die Gemeinden zahlreiche Abgaben zu leisten, worauf die neuen orthodoxen Priester keinen Anspruch erhoben. Es zeigte sich nun, wie fremd Gläubige und Geistliche einander waren, wie wenig die Union im Volk letzten Endes verwurzelt war. Die nationale Bedrückung und kulturelle Überfremdung der vergangenen Zeiten legte man der römischen Kirche zur Last (vgl. de Vries, S. 172 f.). Die Union hatte es nicht vermocht, sich wie in Galizien die Basis einer eigenständigen national-ruthenischen Bewegung zu verschaffen.

In der Diözese Prešov (Slowakei) blieben unter der neuen tschechoslowakischen Regierung die Verhältnisse stabiler, da hier von den 214 000 Unierten (1930) nur 91 000 Ruthenen waren (Spuler, S. 68) und die Mehrheit slowakischen Volkstums von den russophilen und orthodoxen Bestrebungen kaum berührt wurde.

Der Untergang der Union

Heute sind die Ukrainer Galiziens und Transkarpathiens im Verband der Ukrainischen Sowjetrepublik vereinigt. Die südlich benachbarten Rumänen in Siebenbürgen und die westlich anschließenden Slowaken stehen unter der Herrschaft volksdemokratischer Regierungen. Das gesamte Gebiet, das seit 1772 als geschlossener Block mit unierten Kirchengemeinschaften zu Österreich-Ungarn gehörte, spürt heute erneut die Auswirkungen einer einheitlichen Religionspolitik. Diese wird jedoch von den Sowjets bestimmt, was einerseits die grundlegend antireligiöse Linie bedingt, sich andererseits aber in einer paradoxen Begünstigung der orthodoxen Kirche auswirkt.

Nach Aufrichtung der sowjetischen Herrschaft waren die unierten Kirchen das erste Ziel antikatholischer Liquidationspolitik. Ihre Position war von vornherein ge-

schwächt durch die geschichtliche Belastung ihrer westlichen Orientierung. Um die Haltung der Orthodoxen bei diesem Vorgang voll erfassen zu können, muß berücksichtigt werden, daß sie von jeher dem unierten Ritus mit größtem Mißtrauen, ja mit Feindschaft begegneten und ihn sozusagen als unlauteres Mittel lateinischer Durchdringung empfanden.

Die Fronten begannen sich schon 1944 abzuzeichnen, als die Orthodoxen dieser Gebiete nach dem sowjetischen Einmarsch dem Moskauer Patriarchat angeschlossen wurden und ihre Stellung damit in gewisser Hinsicht verbessert wurde. Die Unierten Galiziens sollten als erste die Verfolgung erleiden; die Karpatho-Ukrainer folgten bald, während die rumänischen Unierten zunächst unbehelligt blieben.

Gegen den populären und in der ganzen Welt bekannten Metropolitan Scheptyzkyj wagten die Sowjets keine offenen Aktionen. Als er am 1. 11. 1944 starb, beteiligten sich die staatlichen Behörden sogar an den offiziellen Trauerfeierlichkeiten. Wenige Monate später brach der Sturm jäh aus. Im April 1945 wurde der gesamte unierte Episkopat mit dem Metropolitan Slipyj an der Spitze verhaftet und später zu Zwangsarbeit oder Gefängnis verurteilt. Hunderte von Priestern ereilte das gleiche Schicksal. Die Anklage lautete im allgemeinen auf Kollaboration mit den deutschen und ukrainischen Faschisten. In der Karpatho-Ukraine war inzwischen die Einziehung des Kirchenvermögens bei Übertritt von zwei Dritteln der Gemeindeglieder zur Orthodoxie verfügt worden.

Die Seele der staatlich unterstützten Abfallbewegung in Galizien war der Lemberger Geistliche Kostelnik, der schon in den 30er Jahren gegen die Latinisierung der Union und gegen den Vatikan aufgetreten war. Mit wenigen anderen unierten Priestern bildete er eine „Initiativgruppe zur Wiedervereinigung der griechisch-katholischen Kirche Galiziens mit der russisch-orthodoxen Kirche“, die am 28. 5. 1945 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat. Zu dieser Zeit griff die Kampagne zur Wiedervereinigung mit der Orthodoxie nach Transkarpathien über. Über den Erfolg dieser Aktionen in der Bevölkerung sind zuverlässige Angaben nicht erhältlich. Die orthodoxe Kirche konnte nach Eingliederung der Karpatho-Ukraine in die UdSSR (29. 6. 1945) das gesamte galizisch-karpatho-ukrainische Gebiet in einheitliche Verwaltung nehmen, indem sie die Eparchie Lemberg-Tarnopol-Užhorod-Munkačevo unter einem Erzbischof in Lemberg bildete. Als dieser 1948 seine Gemeinden in Karpatho-Rußland besuchte, mußte er sich aber von der Treue der dortigen unierten Priester zur Union überzeugen: ein einziger war abgefallen (vgl. „Journal des Moskauer Patriarchats“ 1949, Nr. 10, S. 5.).

In Lemberg tagte vom 8. bis 10. 3. 1946 auf Betreiben der Initiativgruppe eine „Synode“ der unierten Kirche, die ihrer sämtlichen Bischöfe beraubt war. Die Synode hob die Union von Brest-Litowsk nach 350jähriger Dauer auf und vollzog offiziell den Anschluß an das Moskauer Patriarchat. Das in allen Les- und Tonarten wiederholte Argument war, daß die kirchliche Einigung notwendig der nationalen zu folgen habe. Doch scheint die Liquidierung der unierten Kirchenorganisation im einzelnen noch erheblichem Widerstand begegnet zu sein.

Inzwischen begann die orthodoxe Propaganda auch in der

Slowakei wirksam zu werden, wo die Orthodoxen unter die Jurisdiktion des russischen Exarchen in Prag gekommen waren. Der aus Ostasien geschickte Metropolit Eleutherios konnte die Anziehungskraft der russischen Kirche auf die Gemüter aller slawischen Orthodoxen im Sinne der neuen Moskauer Kirchenpolitik weidlichst ausnutzen. Ob er allerdings nur der „Liebe des Volkes“ begegnete, wie es in offiziellen Berichten hieß, erscheint fraglich. Im benachbarten ukrainischen Karpathenland war man offenbar noch nicht weitergekommen. Da wurde am 1. 11. 1947 ihr Oberhaupt, der Bischof Romža von Munkacs, ermordet. Dennoch lebte die unierte Kirche weiter. In Galizien, wo man ihre endgültige Beseitigung erst im Januar 1948 bekanntgeben konnte, wurde im September des Jahres Kostelnik ermordet. Die Tat wurde dem Vatikan und den „deutsch-ukrainischen Faschisten“ zur Last gelegt. In der Karpatho-Ukraine konnte erst am 28. 8. 1949 nach energischen Bemühungen des russischen Erzbischofs Makarius die Beseitigung der Union offiziell verkündet werden. Doch immer noch schien sie am Leben. Makarius sprach zwar von einer bedeutenden Mehrheit der unierten Geistlichen, die übergetreten seien, und von massenweisem Abfall der Gläubigen, war aber in seinem Bericht an den Patriarchen weniger optimistisch: „Die ersten Keime für die Vereinigung der griechisch-katholischen Gläubigen Transkarpathiens mit der orthodoxen Kirche sind bereits gesät“ (a. a. O., S. 11).

Auch in Rumänien hatte die Regierung inzwischen den Auftakt gegeben, indem sie nach Abdankung des Königs (Dez. 1947) am 17. 7. 1948 das Konkordat aufhob. Hatte man hier bisher gezögert, die orthodoxe Propaganda durch Gewaltmaßnahmen zu unterstützen, so wurde das jetzt um so gründlicher nachgeholt. Die Aktion vollzog sich schlagartig in fünf Monaten. Über die Vorgänge in Rumänien haben wir seinerzeit laufend berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 446).

Am 3. 10. 1948 wurde in Bukarest die Vereinigung der ihres Episkopats durch Absetzung beraubten unierten Kirche mit der orthodoxen Kirche offiziell vollzogen. Nach

orthodoxer Darstellung schlossen sich in den nächsten zwei Wochen fast alle unierten Geistlichen und Gläubigen Siebenbürgens diesem Schritt an (Journal des Moskauer Patriarchats 1949, Nr. 8, S. 57). Nun konnte an jenem historischen 21. Oktober, an dem vor 250 Jahren die Union in Karlsburg geschlossen worden war, dortselbst in Anwesenheit von 20 000 Gläubigen und angeblich 1000 Priestern die Rückkehr zur Orthodoxie in einer feierlichen Zeremonie begangen werden. Die unierten Kirchen wurden beschlagnahmt oder den Orthodoxen übergeben. Ende Oktober verhaftete die Polizei die bereits abgesetzten unierten Bischöfe, um ihren Einfluß unter dem Volk völlig auszuschalten, was dringend notwendig schien, da nun jeder einzelne Gläubige durch Unterschrift den Übertritt zur orthodoxen Kirche individuell vollziehen sollte. Ein Regierungsdekret vom 1. 12. 1948 sprach praktisch das völlige Verbot der unierten Kirche aus. 1950 sollen sich 700 unierte Priester im Gefängnis befunden haben. Die zur Orthodoxie übergeführten Priester sind mitsamt ihrer Gemeinde wohl durchweg im Herzen katholisch geblieben und nur „pro forma“ übergetreten.

Nach der rumänischen Tragödie wurde, wie oben berichtet, im Jahre 1949 die Lage in der Karpatho-Ukraine bereinigt. Den Schluß machte die Slowakei, wo die offizielle Propaganda die Vorgänge ebenfalls als eine elementare Volksbewegung zum „Glauben der Urväter“ hin darstellte. Am 29. 4. 1950 vollzog ein Konzil zu Prešov den Anschluß an die Orthodoxie. Die Kathedrale und alle Kirchen wurden den Orthodoxen übergeben. Im Januar 1951 wurde der unierte Bischof Gojdič von Prešov verhaftet und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Etwa 100 Priester hatten ein ähnliches Schicksal. Wie die Lage in den einzelnen Gemeinden ist, kann nicht eingesehen werden.

Das sind in kurzen Zügen die wichtigsten Daten der äußeren Entwicklung der Union bis zu ihrem Untergang in ihren Ursprungsländern. Die Bedeutung der westeuropäischen und überseeischen Gemeinden für eine künftige Wiedergeburt kann vorerst nicht überblickt werden.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kirche und Familie im Urteil des Dorfes

Die Tatsache, daß das Dorf und seine Bewohner heute mit am stärksten in den Strudel des allgemeinen Umschichtungsprozesses unserer Gesellschaft hineingerissen sind, ist nicht unbekannt. Die Auswirkungen der industriellen Revolution auf dem Lande, die zunehmende Differenzierung der Landbevölkerung, die heute in der Mehrzahl in Westdeutschland nicht mehr aus Bauern besteht, ihre vielschichtige Stellung in der modernen Wirtschaft war eines der Hauptthemen der Würzburger Arbeitstagung des katholischen Landvolkes im September 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 91 f.). Es ist nun wichtig, zu wissen, wie der ausgelöste Umschichtungsprozeß sich konkret in den einzelnen dörflichen Gemeinschaften auswirkt, und wie er von den Betroffenen, der ländlichen Bevölkerung, erfahren wird.

Mit dieser und einer Anzahl ähnlicher Fragen befaßt sich eine Studie von Gerhard Wurzbacher und Renate Pflaum,

die unter dem Titel: „Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung“ erschienen ist (Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1954, 307 S.). Den Verfassern, die im Auftrage des Unesco-Institutes für Sozialwissenschaften, Köln, arbeiteten, war die Aufgabe gestellt, „die Bevölkerungsdifferenzierung und -integration an Hand vergleichender Gemeindestudien“ zu untersuchen. Zu diesem Zwecke wählten Wurzbacher und seine Mitarbeiter eine Gemeinde aus, die aus 45 Dörfern und Weilern besteht, 5000 Einwohner umfaßt und am Rande des Westerwaldes, 50 km von Köln entfernt, liegt (also eine Gemeinde in einer Zone, die die Soziologen mit „rurban“ bezeichnen: eine Übergangszone von ländlichen und städtischen Gebräuchen, wie sie heute für das deutsche Dorf in hohem Maße typisch ist).

Die Ausweitung der Untersuchung auf eine Gemeinde mit 45 verschiedenen Dörfern hatte den Vorteil, daß fast alle Dorftypen, die heute in Westdeutschland vorkommen, in die Untersuchung einbezogen werden konn-